



DIESE GRÜNEN!

Sozial, gerecht und ökologisch

■ GRÜNE Haushaltspolitik: Zukunftsfähig ins neue Jahrtausend

In der Ratssitzung am 19. Juni wurden die politischen Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt: Der Doppelhaushalt 2000/2001 ist verabschiedet.

Die GRÜNEN in Wuppertal machen Politik im Sinne der Lokalen Agenda 21. Das heißt, dass für uns ein gleichberechtigtes und soziales Miteinander und eine ökologische Politik im Mittelpunkt steht.

Im Rat der Stadt haben wir uns dafür eingesetzt, dass der knappe finanzielle Spielraum im Sinne der Nachhaltigkeit genutzt wird.

Bis dahin waren übrigens alle Projekte, die von GRÜNEN in den vergangenen Jahren angestoßen wurden, auch im Verwaltungshaushalt eingestellt. Der Verwaltungsentwurf zeigte viele gute Ansätze für eine konsequente Haushaltspolitik. Die Vorgaben für die nächsten zwei Jahre waren klar formuliert: ein ehrgeiziger Sparkurs, aber trotzdem ein qualitativ hochwertiges Angebot für die BürgerInnen. Bis zum Jahr 2002 soll ein strukturell ausgeglichener Verwaltungshaushalt erreicht werden.

Die Fraktion hat es in ihren Anträgen geschafft, im sozialen Bereich zumindest den Bestand von Initiativen zu sichern, teilweise sogar auszubauen. Wichtig ist für GRÜNE auch die Absicherung der Wuppertaler Frauenprojekte. Wir setzten uns dafür ein, dass alle Projekte weiterbestehen können und die Mittel an die wahren Bedürfnisse angepasst werden.

GRÜNE haben sich dafür stark gemacht, dass die Rücklagen der Elterninitiativen weiterhin den Kindern zur Verfügung gestellt werden und nicht zurückbezahlt werden müssen. Außerdem forderten wir, dass Kinderspielplätze ausgebaut und grundüberholt werden und an einigen Stellen neue Spielmöglichkeiten für Kinder, auch im Innenstadtbereich, geschaffen werden. Jugendliche müssen ihre demokratischen Rechte auch in konkrete Politik umsetzen können. Deshalb haben GRÜNE sich für die Einrichtung von Bezirksjugendräten eingesetzt. Uns ging es darum, die Verantwortung auch in Zukunft zu übernehmen und Mittel bereitzustellen, damit Jugendliche ihre VertreterInnen wählen können und sich sinnvoll in die politische Arbeit einbringen können.

Um Wuppertal zu einer Agenda 21-Stadt werden zu lassen, wollen wir ökologische und städtebaulich ansprechende Akzente setzen. Der Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr muss die Verkehrspolitik in unserer Stadt bestimmen.



Sie haben sich erfolgreich gewehrt: Die Elterninitiativen brauchen ihre Rücklagen nicht an die Stadt zurückzahlen.

Wir stellten Anträge für neue Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und attraktive Wege für FußgängerInnen, die, nach unserer Meinung, dringend ausgebaut werden müssen. Nur so können wir erreichen, dass die CO₂-Belastungen sinken und mehr Menschen vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen. Statt Parkgebühren zu senken, wie es CDU und FDP vorschlugen, wollten wir diese Gelder für die Verbesserung der Straßen und Wege nutzen.

Die Regionale 2006 hat zum Ziel die bergische Region zu vernetzen, u.a. im Verkehrs- und Umweltbereich. Die Biologische Station Mittlere Wupper ist ein Paradebeispiel für funktionierende bergische Zusammenarbeit. Die GRÜNE Fraktion hat sich mit Nachdruck für den Erhalt dieser Einrichtung eingesetzt, die wichtige Arbeit für den Landschaftsschutz und die Dokumentation der Tier- und Pflanzenwelt leistet. Das Projekt „Lebensader Wupper“ muss weiter verfolgt werden.

Umweltschutz heißt auch, die Landwirtschaft in Wuppertal zu erhalten, statt Freiflächen im Außenbereich der Stadt zu bebauen. Wir forderten für die Landwirtschaft eine Kontaktstelle, damit ökologischer Anbau und die Vermarktung regionaler Produkte stärker gefördert werden.

Diese Beispiele für GRÜNE Haushaltspolitik zeigen: wir verfolgen konsequent den Lokalen Agenda 21-Prozess, mit den Zielen einer bürgerInnenfreundlichen, sozialen und ökologischen Stadt.

„Café Wuppertal“

■ Grüner Projektvorschlag umgesetzt

Für alle, die sich vor Jahren schon mal aus Solidarität am Nicaragua-Kaffee den Magen verdorben haben, eine gute Botschaft:

Ab sofort ist fair gehandelter Kaffee aus Matagalpa in Wuppertal erhältlich. Die Mitarbeiterinnen der GRÜNEN Fraktion haben einen Test vor Ort vor-

genommen und kamen zu dem geschmacklichen und politischen Urteil: „Sehr gut, den Kaffee können wir als Kennerinnen nur weiterempfehlen“. 1998 verwüstete der Hurrikan Mitch weite Teile Nicaraguas. Für die GRÜNEN war klar, dass Wuppertal aufgrund seiner Städtepartnerschaft zu Matagalpa in besonderer Verantwortung steht.

Daraufhin stellte die damalige GRÜNE OB-Kandidatin und Fraktionsspre-

cherin Petra Scholl im Dezember 1998 den Antrag an den Rat der Stadt, das Projekt „Wupper-Kaffee aus Matagalpa“ zu beschließen. Er wurde von allen Fraktionen befürwortet und findet nun mit Unterstützung des Freundeskreises Matagalpa seine Umsetzung. Das Kaffee-Projekt soll neben der Soforthilfe aus Wuppertal langfristige Hilfe für Matagalpa leisten und gleichzeitig ein Beitrag zur Lokalen Agenda 21 sein.

AUS DEM INHALT

Gastkommentar:
Big Brother am
Döppersberg? S. 3

Die GRÜNE Hochschulgruppe S. 4

Haushaltsberatungen S. 2

GRÜNE Aktion am Neumarkt S. 3

Guten Tag !

Die Landtagswahlen sind vorbei, NRW wird nach wie vor rot-grün regiert. Wir danken allen, die wieder GRÜN gewählt haben; wir lagen immerhin über dem Landesdurchschnitt.

Der Sommer hat schon im Mai begonnen, die großen Ferien stehen vor der Tür.

Noch einmal wurden alle Kräfte gebündelt, damit der städtische Haushalt wie in den letzten Jahren soziale, ökologische und nachhaltige Aspekte aufweist trotz CDU/FDP-Mehrheit.

Lesen Sie in dieser Ausgabe unter anderem, was die GRÜNE Fraktion zu ihren Antragsschwerpunkten für den Haushalt der Stadt gemacht hat.



KURZ & klein

Ein schwarzer Tag für Wuppertal

■ Verabschiedung des städtischen Haushaltes

Die diesjährigen Haushaltsberatungen werden von der GRÜNEN Fraktion so schnell nicht vergessen werden. Das Unheil nahm seinen Lauf.

Von der Haushaltsmehrheit wurden sämtliche Begleitmaßnahmen zur Förderung des ÖPNV im Haushalt auf DM „Null“ gesetzt. In diesem Etatansatz werden unter anderem das Beschleunigungsprogramm für den Busverkehr verworfen. Von einem partnerschaftlichen Miteinander in der Verkehrspolitik bleibt da nichts mehr übrig. Auch der Feuerwehrtopf für Schulen, den die GRÜNE Fraktion gefordert hatte, wurde von CDU/FDP abgelehnt, genau so wie der Einstieg in den Betreuungsbereich an den Realschulen. In der Projektförderung des Kulturreferates wur-

den die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN zur Förderung der Frauenkultur ebenso abgelehnt wie die Projektförderung für ein Besuchsprogramm für ehemalige ZwangsarbeiterInnen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN findet es schon bedenklich, dass eine liberale Partei – so nennt sich die FDP nach der Papierform noch – und dies wird auch von deren Spitzenpolitikern immer wieder betont, Sperrvermerke auch im Bereich der freien Jugendkultur mitträgt. Beispiel: Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur Förderung des nicht nur lokal, sondern auch bundesweit geachteten Medienprojekts wird im Rat schlicht überstimmt, und die Sperrvermerke wieder eingesetzt. Damit wird jetzt die „Gedankenpolizei“ frei nach Orwells 1984 in das Medienprojekt eingeführt: Produziert werden

darf nur noch das, was den Gedankenpolizisten von CDU / FDP gefällt. Auch dieses zeigt, dass von Liberalität in der F.D.P. Müllemanns nicht mehr viel übriggeblieben ist. Verschärfend kommt hinzu, dass alle Projekte zur Integration von ausländischen Jugendlichen auch mit einem Sperrvermerk versehen wurden – und das mitgetragen von einer Partei, die ehemalige Ausländerbeauftragte in ihren Reihen hat! Des Weiteren wird es nur beschränkte Veranstaltungen für die obere Altershilfe geben. Programmpunkte wie gemeinsame Weihnachtsfeier, Senioren im Internet, Gymnastik und andere Kurse dürften nach den Beschlüssen der konservativen Mehrheit der Vergangenheit angehören. Gleiches gilt für den Seniorenkarneval: Für die Kürzungen in diesem Bereich trägt Prinz Bernhard, mit bürgerlichem Namen Bernhard Si-

mon, Fraktionsvorsitzender der CDU, persönlich die Verantwortung. Pikant sind auch die Kürzungen der CDU/ FDP im Bereich der Verwaltung der Sozialhilfe. Der dezentralen Aufgabenwahrnehmung mit mehr KundInnen-nähe stimmte die CDU in der Vergangenheit noch zu, aber bei 22 Standorten des Jugendamtes und der sozialen Dienste bedeutet das, dass in Zukunft nicht alle Standorte eine aktuelle Fassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen mehr vorliegen haben. Die GRÜNE Ratsfraktion wird mit Argusaugen darüber wachen, wie sich die Auswirkung dieser Beschlüsse der konservativen Mehrheit von CDU/FDP im Alltag darstellt, wir werden immer wieder Missstände thematisieren, Fehler aufzeigen und öffentlich die Probleme darstellen.

Hohe Zuweisungen

Der Bund der Steuerzahler monierte kürzlich, dass Wuppertal an der Spitze liegt, was die Finanzierung der Fraktionsgeschäftsstellen betrifft. Ja, woran kann das nur liegen? Wir erinnern: Anfang 1999, also lange genug vor den Kommunalwahlen, genehmigten sich CDU und SPD jeweils 2 zusätzliche Stellen für ihre Fraktionen. Kostenpunkt: ca. 300.000 DM jährlich, die an anderer Stelle in der Verwaltung eingespart werden müssen, Jahr für Jahr. Angesichts angespannter Finanzen der Kommunen und deshalb seit Jahren sinkendem Personalbestand der Verwaltung ist das für die GRÜNE Fraktion ein unsittlicher Vorgang, den sie nicht mitmachen. Das Lockangebot, der GRÜNEN Fraktion auch eine zusätzliche Stelle zu geben, wurde natürlich abgelehnt. Und: die Sache wurde öffentlich gemacht, was den großen Fraktionen gar nicht behagte. Auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen fehlen der Stadt die Gelder, die sich SPD und CDU selbst zugewiesen haben.

Park-Leid-System

Endgültig beschlossen wurde im Verkehrsausschuss am 16.05.00, dass ca. 2 Millionen DM für die Einrichtung des Parkleitsystems in Barmen und für die vermeintliche Verbesserung des Systems in Elberfeld ausgegeben werden. Außerdem wurden die Parkgebühren im Innenstadtbereich auf DM 1,50 herabgesetzt. Welche Logik der konservativen Mehrheit hinter diesen Maßnahmen steht, welche Ziele sie damit verfolgt, bleibt abzuwarten. Was könnte demnächst passieren: Viele fahren mit dem Auto in die Stadt, weil Parken ja jetzt billiger ist. Das Parkleitsystem weist aber nur die freien Plätze der „teuren“ Parkhäuser und Tiefgaragen aus. Endlose Suchfahrten und Frust sind die Folge, uneinheitliche Preise verwirren. Aber das ist offensichtlich so gewollt. Sowohl die Einnahmeverluste, die aus den reduzierten Parkgebühren entstehen, als auch die Kosten für das Parkleitsystem werden aus öffentlichen Mitteln gedeckt. Die BürgerInnen bezahlen also doppelt! Eine attraktivere Stadt mit erweiterten Fußgängerbereichen, Stadtplätzen und besseren Angeboten gibt es aber noch lange nicht. Wir empfehlen Bus und Bahn, denn bei hohen Benzinpreisen und Stress bei der Parkplatzsuche ist der öffentliche Nahverkehr billiger und bequemer.

Kein Platz für Kinder in Wuppertal

■ Bis auf wenige Ausnahmen keine Spielplätze in der City

Nun haben wir es amtlich: die Verwaltung kann absolut keinen einzigen Platz in den Cities von Elberfeld und Barmen finden, auf denen Spielmöglichkeiten für Kinder geschaffen werden können!

Mehr als ein Jahr hat man im Barmer Rathaus für diese Erkenntnis gebraucht. So lange ist es her, dass auf Antrag der GRÜNEN Fraktion der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung beauftragt hatte, konkrete Umsetzungs- und Finanzierungsvorschläge für „Spielstationen“ zu entwickeln. Wunderbare Modelle, die in anderen Städten bereits seit Jahren in den Cities den Kindern Spaß bereiten und den Einkauf für Eltern und Kinder zu einem Vergnügen statt Stress machen, wurden vom Stadtbetrieb Jugend und Freizeit vorgestellt. Der Bezirksvertretung Elberfeld gefielen die phantasievollen Spielgeräte so gut, dass sie in ihrer Juni-Sitzung 1999 beschloss, für die Spielstationen 40.000,- DM bereitzustellen. Der Wuppertaler Einzelhandel zeigte zuerst mildes Interesse, aber offensichtlich besteht von dieser Seite kein ausgeprägter Wille, die Innenstädte für Eltern und Kinder attraktiver zu gestalten. Auch im von der Verwaltung vorgelegten Einzelhandelskonzept finden sich alle möglichen Vorschläge, die EinkäuferInnen nach Wuppertal zu locken. Kein einziges Wort verlieren die PlanerInnen aus dem Rathaus allerdings darüber, was denn für Kinder gemacht werden könnte. Ein Armutszeugnis – es

bestätigt sich ständig: in Wuppertal wird nicht für Kinder und ihre Familien geplant!

Die GRÜNE Fraktion wird allerdings nicht locker lassen. Wir werden Anträge stellen, wo in Barmen und Elberfeld

Spielstationen für Kinder gebaut werden könnten. Wer Vorschläge hat, kann uns schreiben.



Beliebte Schildkröten auf dem Werth: GRÜNE wollen mehr Spielplätze für Kinder in den Cities schaffen

Der Kinderschutzbund an die Redaktion:

■ Kinderfreundlichkeit in Wuppertal noch nicht selbstverständlich

Mit großer Sorge muss der Kinderschutzbund, Ortsverband Wuppertal, feststellen, dass Kinderspielplätze immer mehr der Kritik und der Unduldsamkeit der Nachbarschaft ausgesetzt sind. Jüngstes Beispiel ist die Anwohnerklage gegen den Einbau einer Röhrenrutsche am Spielplatz Roonstraße.

Häufig wird ein möglicher Formalfehler als Aufhänger benutzt, gegen Spielplätze anzugehen. Kinder brauchen zu einer gesunden Entwicklung Möglichkeiten für körperliche Bewegung und Spiel. Sie brauchen attraktive Spielplätze und sie brauchen diese auch in attraktiven Zeiten, nach Schulschluss und uneingeschränkt am Wochenende und dies insbesondere im Innenstadtbereich, da hier die Bewegungsmöglichkeiten ein-

geschränkt sind. Naturgemäß geht das Kinderspiel nicht lautlos ab. Erfreulicherweise sind die meisten AnwohnerInnen von Spielplätzen tolerant und haben keine Probleme, sondern suchen sogar häufig den Dialog mit den Kindern. Unverständlich ist es für den Kinderschutzbund, dass einzelne Nachbarn Erfolg mit ihren Klagen gegen Kinderspielplätze und damit gegen die Belange der Kinder haben, dass hingegen Straßenlärm hingenommen werden muss. Der Kinderschutzbund bittet alle Anwohner von Kinderspielplätzen um Verständnis und Toleranz. Kinderschutzbund, Ortsverband Wuppertal

Die Antwort der Redaktion:

Kinder und Lärm – Kinder und Spielplätze, dieses Thema hat in den letzten Wochen die Gemüter in dieser Stadt bewegt. Wurde doch deutlich, dass es

mit der Kinderfreundlichkeit in Wuppertal nicht zum Besten bestellt ist. Allerdings wurde auch deutlich, wie viele Menschen sich für Kinder einsetzen und sich für mehr Toleranz aussprechen. Kinderfreundlichkeit ist noch lange keine Selbstverständlichkeit in Wuppertal. Das wurde der Verwaltung schon mehrfach bestätigt. Nachdem bereits vor drei Jahren Vorschläge für alle Verwaltungsbereiche erarbeitet wurden, die die Interessen von Kindern berücksichtigen und sie besser schützen, musste die WZ im März dieses Jahres mit Recht feststellen: „Kinderfreundlichkeit der Stadt kommt nicht voran“. Die neue schwarz – geführte Mehrheit im Rathaus hatte bereits in den Vorjahren deutlich gemacht, dass ihnen nichts daran liegt, in unserer Stadt die Situation der Kinder zu verbessern. Immer wieder sprach sich die CDU gegen Verbesserungen, zum Beispiel bei der Verkehrssicherheit, aus. Und das, obwohl Wuppertal eine traurige Spitzenpositi-

on in Nordrhein-Westfalen einnimmt, was Unfälle mit Kindern betrifft. Außerdem verhinderte die CDU den Bau von Kindertageseinrichtungen. Resultat heute: noch immer fehlen Kindergartentplätze und die Situation bei den Hortplätzen ist dramatisch schlecht. Wir appellieren an alle BürgerInnen in dieser Stadt: machen Sie deutlich, dass Sie diese Politik nicht mittragen wollen. Wir brauchen Investitionen in die Kinderbetreuung. Wir brauchen mehr Sicherheit für Kinder in dieser Stadt, wir brauchen ansprechende und interessante Spielplätze, und wir brauchen ein klares Bekenntnis für Kinder von Verwaltung und Politik. Die Haushaltsberatungen werden zeigen, ob die schwarze Mehrheit im Rathaus in die Zukunft und in Kinder investieren wird. Dann entsteht auch ein Klima in unserer Stadt, in dem Kinder unbeschwert spielen und aufwachsen können.

Impressum

[Redacted contact information for the newspaper's imprint section]



GRÜNE Pläne verwandeln den Neumarkt in einen attraktiven Platz

Gastkommentar: Big Brother am Döppersberg?

■ von Jürgen Heimchen, Elterninitiative für akzeptierte Drogenarbeit und humane Drogenpolitik Wuppertal

In den letzten Wochen häufen sich die Meldungen nach einer schärferen Kontrolle der so genannten Gefahrenpunkte unserer Stadt. Das neue Zauberwort heißt Videoüberwachung. Der kritische Blick:

Einige Politiker in unserer Stadt, aber auch auf der Landesebene, scheinen die totale Überwachung à la RTL 2 – Big Brother für eine tolle Möglichkeit zu halten, ihre BürgerInnen in den Griff zu bekommen. Der Döppersberg mit seinem Bahnhofstunnel soll nach Wünschen der Jungen Union das Big Brother-Haus unserer Stadt werden. Mir stellt sich nun die Frage, wer nominiert wann und welche Personen, die aus dem Wuppertaler Haus – sprich:

Tunnel – alle vierzehn Tage rausfliegen? Sind es die Bürgerinnen und Bürger die diese Entscheidung fällen, oder aber werden die Mitglieder der Jungen Union bei der täglichen Betrachtung der gedrehten Videos dies tun? Die Verantwortlichen der Stadt Wuppertal haben in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine wichtige politische Entscheidung gefällt. In Zusammenarbeit mit vielen Wuppertaler Initiativen, Verbänden, Polizei, Parteien und der Stadtverwaltung wurde für unsere Stadt das „Wuppertaler Modell“ entwickelt. Dieses Modell basiert auf einer „sozialen Ordnungspartnerschaft“ (so Herr Reiter von der Diakonie Elberfeld). Das Modell Wuppertal hat sich bewährt und gilt auch in anderen Städten NRW's als vorbildlich. Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger haben es nicht verdient, in Big Brother Manier überwacht zu werden. Es muss möglich sein, sich unbeobachtet auch einmal in der Nase zu

bohren. Auch die Vorstellung, irgendwer macht sich bei der Betrachtung der Videos über unbescholtene BürgerInnen lustig, nur weil sich diese gegebenenfalls – da unbeobachtet – nicht normengerecht verhalten, macht mir Angst und Bange. Das Argument, man wolle uns Bürger vor Kriminellen schützen, wird auch durch ständiges Wiederholen nicht besser. Im Übrigen kommt es am Döppersberg laut Aussagen der Polizei nur sehr selten zu kriminellen Taten oder gar Übergriffen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Selbst in den Reihen der Wuppertaler Polizei stößt die Videoüberwachung auf Ablehnung. Meine Nominierung steht fest: Die Befürworter einer Videoüberwachung für Wuppertal müssen das gemeinsame Haus einer sozialen Partnerschaft verlassen!

Neue Ideen für den Neumarkt

■ GRÜNE diskutieren vor Ort

In einer Aktion vor Ort haben VertreterInnen der GRÜNEN Ratsfraktion und der Bezirksvertretung Elberfeld ein Konzept für die Umgestaltung des Neumarktes vorgestellt. Die Flugblätter mit einer Skizze und einigen Vorschlägen wurden von den Menschen mit großem Interesse angenommen.

In Gesprächen wurde klar, dass für viele BürgerInnen ein Platz mit hoher Aufenthaltsqualität, mit Spielmöglichkeiten für Kinder, Bänken und gastronomischen Angeboten das Ideal wäre. Außerdem wurde oft gefordert, die Überquerung der Neumarktstraße in Richtung Willy-Brandt-Platz möglichst so zu gestalten, dass keine Rücksicht auf Autos genommen werden muss. Einige WuppertalerInnen schlossen sich der Forderung der GRÜNEN an, die Neumarktstraße in diesem Abschnitt für Autos zu sperren, um einen attraktiven Platz zwischen Brunnen, Verwaltungshaus und Willy-Brandt-Platz zu schaffen. Für die GRÜNEN vor Ort war diese Aktion ein voller Erfolg, denn die zahlreichen Gespräche haben gezeigt, welches Interesse bei den Menschen besteht, wenn sie konkrete Vorschläge direkt mit den PolitikerInnen diskutieren können. Zur Verbesserung der Situation am

Neumarkt schlagen wir folgende Veränderungen vor:

- Der MIV (Motorisierte Individual-Verkehr) auf dem Wall wird vom Kaufhof auf die östliche Seite des Neumarkts verlegt. Er mündet östlich des Brunnen in die Neumarktstraße.
 - Die Neumarktstraße wird Fußgängerzone von der Friedrichstraße bis zur Einfahrt ins Kaufhof-Parkhaus.
 - Die Einfahrt ins Parkhaus erfolgt wie während der laufenden Bauarbeiten über den Kasinokreisel.
 - Der Taxistand wird auf die östliche Seite des Neumarkts an den neuen Wall verlegt.
 - Der Bereich entlang des Kaufhofs wird Fußgängerzone.
 - Der Neumarkt wird durch Bänke als Platz zum Verweilen aufgewertet.
 - Der in der Planung stehende Turm der Ellipse (jetzt noch Hertie) steht gegenüber vom Brunnen, direkt an der Neumarktstraße.
- Vorteile dieser Lösung:**
- Rund um Kaufhof und Rathausgalerie entsteht eine attraktive Fußgängerzone.
 - Das Verwaltungshaus erhält einen Eingang ohne Autoverkehr.
 - Die Neumarktstraße wird von unnötigem Verkehr entlastet.

Die neue Fraktion:



von links nach rechts: Peter Vorsteher, Peter Menke, Anja Liebert, Ursel Simon

Nachdem zu Anfang des Jahres einige personelle Veränderungen in der Fraktion stattfanden, will die Redaktion den WuppertalerInnen die Stadtverordneten der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und ihre politischen Schwerpunkte vorstellen.

Als Fraktionssprecherin wurde Anja Liebert gewählt, Fraktionssprecher wurde Peter Vorsteher im März 2000.

Anja Liebert

engagiert sich vor allem in zwei Bereichen, die mit dem Konzept der Nachhaltigkeit verbunden sind: die Lokale Agenda 21, Umweltpolitik und die Nahverkehrspolitik sind die Bereiche, in der sie GRÜNE Interessen vor allem vertritt.

Peter Vorsteher

hat sich der Sozial- und Gesundheitspolitik verschrieben. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sportpolitik, darüber hinaus vertritt er GRÜNE Interessen in der BV Cronenberg.

Ursel Simon

ist zuständig für die Schulpolitik, in der sie seit Jahren GRÜNE Akzente setzt. Als neues Themenfeld bearbeitet sie fachkundig die Frauenpolitik in Wuppertal; sie ist Vorsitzende des Frauenausschusses und vertritt GRÜNE Interessen in der BV Vohwinkel.

Peter Menke

arbeitet vor allem im Bereich der Stadtentwicklungspolitik, in dem er alles daran setzen wird, dass die Belange von Behinderten im Tal schon bei den Planungen berücksichtigt werden.

Kommentar: Die NRW Landtagswahl 2000

■ von Christiane Bainski, Kreisvorstandssprecherin Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Wuppertal

Nach 10 Jahren erfolgreicher Landtagsarbeit in NRW – 1990/95 in der Opposition und 1995/2000 in einer rot-grünen Regierungskoalition – gingen die nordrhein-westfälischen GRÜNEN in die Landtagswahlen für eine soziale und ökologische Reformpolitik.

Die Wuppertaler GRÜNEN haben einen engagierten Landtagswahlkampf geführt. Neben zahlreichen Aktionen und Informationsveranstaltungen haben wir unseren Wählerinnen und Wählern viele Gelegenheiten geboten, sich mit der

GRÜNEN Landes- und Bundesprominenz auseinanderzusetzen. Michael Vesper informierte über aktuelle GRÜNE Bildungspolitik, Bärbel Höhn über Umwelt- und Landwirtschaftspolitik, Kerstin Müller über Migrationspolitik und Bundesumweltminister Jürgen Trittin über den Atomausstieg. Das Wahlergebnis vom 14. Mai konnten wir mit einem weinenden und einem lachenden Auge quittieren. Ein weinendes Auge für die Verluste, die wir insgesamt auf der Landesebene – und auch in Wuppertal – hinnehmen mussten. Wir haben rund ein Drittel unserer Wählerinnen und Wähler im Vergleich zur Landtagswahl 1995 verloren. Ein lachendes Auge aber für den leichten Aufwärtstrend, den wir nach unse-

ren erheblichen Verlusten bei den Kommunalwahlen im September 1999 nun wieder verzeichnen konnten. Mit 8,41 % für Bündnis 90/Die GRÜNEN in Wuppertal liegen wir mit unserem Ergebnis über dem Landesdurchschnitt. Auch gehören wir mit unseren Ergebnissen – im Vergleich der Wahlergebnisse für GRÜNE in allen 151 Wahlkreisen in NRW – zu den 20 Wahlkreisen mit den geringsten Verlusten. Mit dem Ergebnis im Wahlkreis 35 (Elberfeld und Cronenberg) liegen wir an 16. Stelle landesweit. Das Wuppertaler Landtagswahlergebnis kann uns natürlich nicht zufrieden stellen. Wir werden in den nächsten Jahren unsere Kraft vor allem darauf konzentrieren, unsere kommunalpoliti-

sche Arbeit zu konsolidieren, GRÜNES Profil noch deutlicher herauszuarbeiten und wieder an Glaubwürdigkeit zuzulegen. Aus Wuppertaler Sicht hervorzuheben wäre noch das ausgesprochen schlechte Ergebnis der CDU. Hier lagen die Verluste deutlich höher als im Landesdurchschnitt. Der Höhenflug nach dem Sieg bei den letzten Kommunalwahlen dürfte mit dieser Bodenlandung wohl vorerst beendet sein. Offenbar waren die ersten Monate der von der CDU geführten schwarzgelben Koalition für die Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger nicht überzeugend. Auf der Landesebene wollen sie diese Politik offenbar nicht verankert wissen. In Düsseldorf fanden Verhandlungen

zwischen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN über eine erneute Regierungskoalition statt. Auf dem Landesparteitag fand sich eine denkbar knappe Mehrheit (57%) für die Fortsetzung der Rot/GRÜNEN Koalition in Nordrhein-Westfalen. Aus dem aktuellen Wahlergebnis ergibt sich für GRÜNE Landespolitik in den nächsten Jahren: Einigungsprozesse in der Regierungsarbeit müssen transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Unverzichtbar bleibt, die GRÜNE Handschrift deutlich herauszuarbeiten und zu vermitteln und damit GRÜNE Grundanliegen weiterhin gesellschaftlich zu verankern.

GRÜNE Welle an der Bergischen Universität

Die GRÜNE Hochschulgruppe „Castaways 2000“ will frischen Wind auf dem Griffenberg entfachen

Seit dem 02.05.00 gibt es an der Uni wieder eine GRÜNE Alternative. Die GRÜNE Hochschul-Gruppe „Castaways 2000“ sagt den etablierten Listen den politischen Kampf an.

Der Name stammt von dem sozialpsychologischen Robinson-Experiment, dass seit 1.1.2000 auf der Insel Taransay (Hybriden) durchgeführt wird.

Wir sind zur Zeit noch alle aus dem Fachbereich I (Sozialwissenschaften). Unsere Sprecherin Svenja Maier (Jahrgang 79) schreibt Kurzgeschichten und macht empirische Experimente im Labor „Küche“. Ihre berufliche Zukunft sieht sie in der Meinungsforschung. Henning Hanke (Jahrgang 79) ist 2. Sprecher und passionierter Drummer. Er möchte sich im Hauptstudium der Organisationssoziologie widmen. Unsere Kassiererin Natascha Kruusi (Jahrgang 77) reist leidenschaftlich gerne (vor allem in die Toskana). Ihr berufliches Ziel ist die Marktforschung. Richard Weklak (Jahrgang 76) managed die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Er ist eine Leseratte und aktiver In-Liner. Seine Berufsfelder sind Organisations-

beratung und Marktforschung. Weitere Mitglieder der „Castaways 2000“ sind: Sven Schmidt (Jahrgang 75). Er komponiert Songs und schaltet gerne beim Laufen ab. Seine berufliche Zukunft sieht er als Dozent oder als Markt- und Meinungsforscher. Igor Bojic (Jahrgang 78). Er ist Jazz-Komponist und entspannt beim Meditieren sowie beim Joga. Die Entwicklungshilfe in asiatischen Ländern liegt ihm am Herzen.

Thomas Bratz (Jahrgang 75). Er interessiert sich für außergewöhnliche Weltanschauungen und widmet sich der Musik sowie dem Schachspiel. Seine Hauptinteressen sind die Makrosoziologie und die Marktforschung.

Wir wollen für neuen Wind in den Fachschaften sowie dem StudentInnen-Parlament sorgen und den AStA durch GRÜNE Denkanstöße wachrütteln. Die GRÜNE Hochschul-Gruppe möchte den Dialog zwischen Universität und Gesellschaft verstärken und Diskussionen zu Brennpunkt-Themen veranstalten.

Die „Castaways 2000“ freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Künstler Thorsten Gunst (23 Jahre). Der Zeichner der berühmten MAMBA-Plakate wird eine gestalterische Ausbildung



von links nach rechts: Richard Weklak, Svenja Maier, Thomas Bratz, Igor Bojic, Natascha Kruusi, Henning Hanke, Sven Schmidt

am Berufskolleg am Kothen absolvieren und seine Fähigkeiten während eines Studiums im künstlerisch-gestalterischen Bereich erweitern. Darüber hinaus ist er Mitglied der Band „The buttwalk devils“.

Die GRÜNE Hochschulgruppe schickt Igor Bojic und Thomas Bratz als Delegierte für die Fachschaft (FB I) ins Rennen. Für das StudentInnen-Parlament stehen Sven Schmidt und Igor Bojic auf der Liste. Die Wahlen finden im Juni

statt. Wir freuen uns über jede Studentin und jeden Studenten, der mit uns die GRÜNE Idee an unserer Hochschule vorantreibt! Unsere E-Mail Adresse lautet: ghgw@gmx.de

Mensch.

Du hast uns gerade noch gefehlt!



Grüne Politik ist keine One-Woman-Show.

Und die Grüne Partei

keine Briefkastenfirma. Wir

suchen Menschen mit Ideen, denen

es nicht reicht. Politikverdruß einfach nur in

Nichtstun umzusetzen. Die Lust haben, sich

einzumischen. Engagement zu zeigen, die

eigenen Interessen selbst zu vertreten.

Politik braucht Ideen.

Ideen brauchen Dich.



Mail uns !

gruene.wuppertal@t-online.de

Schreib uns !

Na klar! Ich hab' Euch gerade noch gefehlt!

0 Ich habe Interesse an Treffs / Veranstaltungen

0 Ich möchte Mitglied werden

Name:

Straße:

Postleitzahl: _____ Tel. _____

Bitte senden an:

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Oberbergische Str. 8

KV Wuppertal

42285 Wuppertal

Ratschronik 10.4.2000

1. Peter Menke wird Stadtverordneter

Für den ausgeschiedenen Horst Westmeier rückt Peter Menke in den Rat ein. Sein vorrangiges Ziel ist es, die Stadt fit für Behinderte zu machen. Ein weiterer Schwerpunkt seiner politischen Arbeit ist die Stadtentwicklung. Ein Novum in der Ratssitzung: OB Dr. Kremen-dahl bemühte sich zu Peter Menke, um ihn per Handschlag zu verpflichten. Es gab einige Aufregung im Vorfeld der Ratssitzung, da Peter der erste gehbehinderte Stadtverordnete in Wuppertal ist. Bislang gab es keinen behindertengerechten Zugang zum Ratssaal. Im Vorfeld mussten die Gänge ausgemessen werden; nur knapp kann ein Rollstuhl hindurchgelangen. Es musste eine Rampe organisiert werden, um den Zugang zum Ratssaal zu ermöglichen. Diese Vorbereitungen haben nicht nur unserem Stadtverordneten den freien Weg zu seinem Ratssitz ermöglicht, sondern auch vielen VertreterInnen der Behindertenverbände, die diese historische Stunden nicht versäumen wollten.

2. Haushaltsrede

Alle Fraktionen im Rat hielten ihre Grundsatzreden zum städtischen Haushalt, die Fraktionssprecherin der GRÜNEN stellte die Inhalte und Eckpunkte unserer Fraktion dar. Näheres ist im Artikel zum städtischen Haushalt nachzulesen.

Interessant waren die Ausführungen der FDP, die als ihren Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes in erster Linie die Privatisierung öffentlich gewählter Aufgabenbereiche sieht. Die GRÜNE Fraktion wird diesem angedrohten Ausverkauf städtischer Politikfelder engagiert entgegenreten.

3. Landwirtschaft ohne Gentechnik

Mit diesem Antrag schloss sich die GRÜNE Fraktion einer bundesweiten Kampagne des BUND an, in der möglichst viele Kommunen sich klar gegen die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen oder daraus hergestellten Produkten auf kommunalen Flächen aussprechen (siehe auch DIESE GRÜNEN, Ausgabe Nr. 41). Wie bei vielen Anträgen üblich, vergab der Rat sich die Chance der Zustimmung, indem er den Antrag der GRÜNEN Fraktion in den Umweltausschuss zur Beratung überwies.

5. Aktionstag „Ohne Auto in die Stadt“

Die GRÜNEN wollten im Rat durchsetzen, dass sich Wuppertal am Europäischen Aktionstag „In die Stadt – ohne mein Auto!“ am 22.09.00 beteiligt. Viele Städte haben die Aktion schon im letzten Jahr erfolgreich durchgeführt. Wuppertal könnte damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Lokale Agenda 21 voran bringen. In der Ratssitzung stellte die CDU den Antrag, an dem Aktionstag nicht teilzunehmen. Auch dieses Thema wurde in den Umweltausschuss überwiesen.

4. Gleiches Recht auf Information

Die GRÜNE Fraktion ist in einigen Gremien der Stadt nicht vertreten und erhält keinerlei Information über die dort stattfindenden Diskussionen und Beschlüsse, sofern sie nicht abschließend im Rat behandelt werden. Diesem Missstand ist die Fraktion mit dem Antrag begegnet, dass jeder Gruppe oder Fraktion Informationen aus allen Gremien automatisch gestellt werden. Der Rat ist dem GRÜNEN Antrag gefolgt. Dadurch wird der Informationsfluss innerhalb des Rathauses auch für kleinere Fraktionen und Gruppen ermöglicht. Ganz klar ein GRÜNER Erfolg.

Weniger erfolgreich war der Antrag auf Änderung der Satzung des Seniorenbeirats (notwendig, um die GRÜNEN wenigstens beratend zu beteiligen): er wurde mehrheitlich abgelehnt. Auch der Antrag auf Teilnahme der GRÜNEN an der Ad-hoc-Kommission Barmen wurde mehrheitlich abgelehnt, obwohl (oder gerade weil?) dort die Umgestaltung der Barmer City, also ein wichtiges Planungs- und Stadtentwicklungsvorhaben, vorbereitet wird. Genau so wurde bei der Besetzung des Steuerungsgremiums Döppersberg verfahren. Die Ausgrenzungspo-

litik gegen die GRÜNEN Fraktion geht also weiter – auch mit Beteiligung der SPD, die sich an diesen Punkten nur zu einer Enthaltung durchringen konnte.

5. Kinderfreundlichkeit in Wuppertal

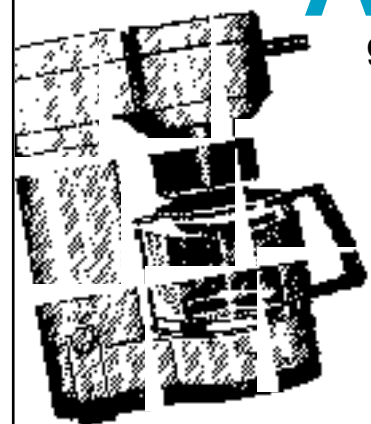
Die GRÜNEN wollen Kinderfreundlichkeit in allen Bereichen der Stadtverwaltung verankern und stellen einen entsprechenden Ratsantrag. Der Rat stimmte in einstimmigem Beschluss dafür. Auch dies ein Erfolg der GRÜNEN Fraktion.

6. Fraueninteressen in der Regionale 2006 berücksichtigen

Ein großes stadtentwicklungspolitisches Projekt der nächsten Jahre ist die Regionale 2006. Die GRÜNE Fraktion beantragte im Rat, dass in der Planung frauenpolitische Interessen berücksichtigt werden müssen. Auch diesem Antrag folgte der Rat der Stadt einstimmig.

Kaffeemaschine selber kaufen

ABO
geschenkt



Wenn Du „DIESE GRÜNEN!“
regelmäßig lesen möchtest,
Coupon ausfüllen und an die
Grüne Ratsfraktion, Rathaus,
42269 Wuppertal schicken.
